



20.05.2022

Liebe Genossinnen und Genossen,

liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

die Special Olympics World Games finden 2023 in Berlin statt. Wetzlar ist eine von 216 Host Towns, die Delegationen der Athletinnen und Athleten empfangen werden. In dieser Woche wurde bekanntgegeben, welche Nation in Wetzlar zu Gast sein wird: Costa Rica. Ich freue mich sehr, dass wir gemeinsam mit der Delegation aus Costa Rica ein internationales, inklusives Fest feiern können. Ihr seid herzlich willkommen in Wetzlar!

1. Steuerfreie Corona-Sonderzahlungen

Wir haben die Obergrenze, bis zu der die Pflegeboni steuerfrei gestellt werden, auf 4.500 Euro erhöht!

Außerdem haben wir den Kreis derjenigen, die von dieser Steuerbefreiung profitieren können, um weitere Beschäftigte in der Pflege und im Gesundheitswesen wie z.B. Arztpraxen und Rettungsdienste erweitert.

Davon werden Hunderttausende profitieren!



Wir klatschen nicht nur Beifall, sondern handeln: Eine Milliarde Euro für Pflegerinnen und Pfleger. Ein starkes Signal für die Anerkennung und den Respekt vor denjenigen, die in der Pandemie Herausragendes geleistet und um jedes Leben gekämpft haben. Pflegekräfte in der Kranken- und Altenpflege werden einen steuerfreien Bonus erhalten. Ich hätte mich sehr gefreut, wenn wir dies auch direkt für die Beschäftigten der Eingliederungshilfe umsetzen könnten. Leider ging dies nicht, weil die Zuständigkeit bei den Ländern liegt. Wir haben aber auch beschlossen, dass die Auszahlung von Boni in Höhe von bis zu 4500€ für Beschäftigte von Rettungsdiensten, der Eingliederungshilfe oder Arztpraxen steuerfrei gestellt wird. Damit verzichtet der Bund auf weitere 400 Millionen Euro an Steuereinnahmen. Für die Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber haben wir zudem auch beschlossen, dass die ausgezahlten Boni beitragsfrei sind, sodass keine Sozialversicherungsbeiträge darauf zu entrichten sind. Damit ist auch hier ein starker Anreiz geschaffen worden.

Ich hoffe, dass alle Bundesländer und Arbeitgeber hiervon

Gebrauch machen werden. In Hessen ist die SPD-Landtagsfraktion bereits aktive geworden und hat einen Antrag hierfür eingereicht.

Für 9 Euro pro Monat quer durchs Land: Das ist seit dieser Woche Realität. Ab dem 23. Mai können die Tickets erworben werden. Ab Juni kann man dann für 3 Monate lang jeden Zug des ÖPNVs und jeden Bus in ganz Deutschland benutzen. Wir wollen die Mobilität stärken und mehr Menschen davon überzeugen, den ÖPNV zu benutzen und das Auto gerade bei den horrenden Spritpreisen stehen zu lassen. Da das nicht überall, vor allem im ländlichen Raum funktioniert haben wir

bereits in der vergangenen Woche beschlossen, dass die die Steuer auf Energiekraftstoffe ab dem 01. Juni für Benzin um knapp 30 Cent und für Diesel um rund 14 Cent gesenkt wird. Auch dies gilt befristet für 3 Monate und sorgt dafür, dass wir alle Menschen entlasten. ([Hier gibt es alle Informationen dazu](#))

Bundeskanzler Olaf Scholz hat in seiner Regierungserklärung vor der Sondersitzung des Europäischen Rates am 30. und 31. Mai deutlich gemacht worum es geht: „Russland darf diesen Krieg nicht gewinnen. Die Ukraine muss bestehen.“ Deutschland wird auch weiterhin der Ukraine Hilfen zukommen lassen. Wir stehen fest an der Seite der Ukraine. All das tun wir immer eng abgestimmt mit unseren Partner der EU und der NATO, nationale Alleingänge wird es nicht geben. Ich bin froh und dankbar, dass wir mit Olaf Scholz einen Bundeskanzler haben, der besonnen ruhig und immer in Absprache mit unseren Partner agiert. Die Zeitenwende, die wir erleben, lässt keinen Platz für parteipolitische Spielchen. Gemeinsam müssen wir alles dafür tun, dass die Ukraine unterstützt, aber auch unsere und die Sicherheit unserer Partner gewährleistet bleibt. ([Hier geht es zu seiner ganzen Regierungserklärung](#))



9-Euro-Ticket

Was Du wissen musst:

Für 3 Monate gültig

- Es gilt vom 1. Juni bis 31. August 2022
- Das personalisierte Ticket kann man erwerben
 - > über eine **Onlineplattform**
 - > in der **App**
 - > Euren **Nahverkehrsunternehmen** vor Ort

9 Euro pro Monat

- **Abos** werden automatisch **auf 9 Euro abgesenkt** oder der **Rabatt wird verrechnet**.
- **Rechte Eures Abos** - wie die Übertragbarkeit des Tickets oder die **Fahrradmitnahme** - **bleiben bestehen**.

Gilt bundesweit

- Das Ticket gilt im **gesamten ÖPNV und Regionalverkehr** in der **2. Klasse bundesweit**
- in Linienbusse, Straßenbahnen, U-Bahnen, S-Bahnen, Regionalbahnen, Regional-expresszügen, Fähren (ausgenommen ist der Fernverkehr mit Bus und Bahn (ICE, IC, EC)).

SPD
Fraktion im Bundestag

Wir haben heute 2 Bundeswehrmandate verlängert. Seit 2006 beteiligt sich die Bundeswehr im Rahmen der UNIFIL-UN-Mission daran, die libanesische Regierung bei der Sicherung der Seegrenzen zu unterstützen und Waffenschmuggel auf dem Seeweg zu verhindern. Hierfür liegt die personelle Obergrenze weiterhin bei 300 Soldatinnen und Soldaten. Seit 2013 beteiligt sich Deutschland im Rahmen einer UN und EU-Mission, um den Friedensprozess in Mali zu unterstützen. Aber die Voraussetzungen haben sich verändert: Da die malische Regierung eine Zusammenarbeit mit russischen Kräften nicht ausgeschlossen hat wurde die Ausbildungsmission ausgesetzt und wird jetzt im Nachbarland Niger fortgeführt. Deshalb haben wir die personelle Obergrenze dort von bisher 600 Soldatinnen und Soldaten auf 300 abgesenkt. Beteiligung an Kampfeinsätzen bleibt weiterhin ausgeschlossen. Beide Mandate haben wir um 1 Jahr verlängert.

Am Mittwoch hat der Bundestag in einer Generalausssprache die Reform der Sterbehilfe beraten und damit die Orientierungsdebatte eröffnet. Bereits in der letzten Legislaturperiode hatte sich der Bundestag mit dem Thema befasst und 2015 ein Verbot der Sterbehilfe beschlossen. Anfang 2020 urteilte das Bundesverfassungsgericht, dass dieses Verbot das Recht auf selbstbestimmtes Sterben zu sehr einschränke. Da geschäftsmäßige Sterbehilfe mit diesem Urteil straffrei und ohne jede staatliche Regelung möglich, liegen nun unterschiedliche Vorschläge zur Neuregelung vor. Für mich ist klar: eine Regelung der Sterbehilfe darf nicht dazu führen, dass Sterbehilfe zur Normalität wird.

Es gibt – wie bei der Impfpflicht - keine Vorlage der Regierung, der Koalition oder der Opposition zur Beratung. In Orientierungsdebatten finden sich die Abgeordneten sich in Gruppen zusammen und stellen unabhängig von Fraktionen Anträge. Gerade bei ethisch besonders schwierigen Themen hilft das, damit sich nicht nur die Abgeordneten, sondern auch die Öffentlichkeit ein breites Bild von dem Thema, von den verschiedenen Perspektiven und Haltungen machen können, um gesellschaftliche Fragen ganz grundsätzlich zu klären.

Ich habe mich dem Antrag der Gruppe um meinen Kollegen Lars Castellucci angeschlossen, der vorsieht, assistierten Suizid nur in absoluten Ausnahmen zu ermöglichen. Oftmals sind Suizidgedanken nicht mit einem Sterbewunsch verbunden, sondern mit dem Wunsch, nicht so leben zu müssen, wie es sich aktuell darstellt. Deswegen wollen wir nicht nur die Möglichkeit zum assistierten Suizid eröffnen, sondern wollen in erster Linie mehr in Unterstützungsangebote für die betroffenen Menschen beim Leben, ausreichende Therapieplätze, bessere Arbeitsbedingungen in Pflegeheimen und in Krankenhäusern investieren.

Mit solidarischen Grüßen

Dagmar Schmidt